

**Humanistische Union**

**Rassismus in Gesellschaft und Staat bekämpfen:  
Demokratie und Menschenrechte stärken!**

*Berliner Plattform gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft gegründet*

<https://www.humanistische-union.de/modules.php?op=modload&name=News&file=index&catid=1>

**<https://www.humanistische-union.de/modules.php?op=modload&name=News&file=index&catid=1>**

Januar 2001

In der Bundesrepublik Deutschland nehmen die Kräfte zu, die Nationalismus, Rassismus und Faschismus auf ihre

Verdeckte und offene Feindseligkeiten gegen Flüchtlinge und Migranten, gegen Minderheiten, sozial Schwache und Menschen fühlen sich aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer nationalen oder ethnischen Herkunft, ihrer Bildung ausgegrenzt und bedroht. Die Opfer gewalttätiger Übergriffe werden vom Staat oftmals nicht nur allein gelassen, sondern

Der Wettstreit um die globalen Märkte verschärft die Konkurrenz und soziale Spaltung auch im Inneren. Gemeinnützige abgewälzt, öffentliche Dienstleistungen privatisiert und soziale Sicherungen destabilisiert. Eine Politik, die sich dem im Interesse der Attraktivität des Standorts Deutschland für Investoren zwischen "nützlichen" und "belastenden" Migration Sozialdarwinismus zum Prinzip erhoben. Sie stiftet zum Faustrecht auf der Straße an und ist nicht zuletzt der Grund für die Opfer.

"Toleranzbündnisse", wie sie von staatlicher Seite propagiert werden, mögen das Ansehen des Standorts Deutschland rechtsextremer Gewalt haben sie bisher nicht zu schützen vermocht. Staatliche Aufrufe zu "mehr Toleranz" weichen aus. Sie bedienen zudem die Vorstellung, die Flüchtlinge und Migranten als Eindringlinge und Empfänger von Almosen Rechtssubjekte. Auf Toleranz ist nur angewiesen, wem Rechte verweigert werden.

Um den Rassismus im Land zu bekämpfen, gilt es zu allererst die diskriminierenden Gesetze abzuschaffen und die beenden. Der Rechtsanspruch von Flüchtlingen auf besonderen Schutz muss anerkannt und die Gleichstellung aller Stattdessen werden von staatlicher Seite Maßnahmenkataloge gegen die rechte Gewalt aufgelegt, die das Verbot von Einschränkung des Versammlungsrechts oder die Verschärfung des Strafrechts vorsehen und insgesamt auf mehr soziale Freiheiten setzen.

Staatliche Repression und Abbau von Bürgerrechten sind nicht geeignet, Gefahren von Rechts abzuwehren. Antidemokratische Gestalt der Demokratie im Ganzen. Sie geben staatlichen Instanzen die Instrumente in die Hand, den Rahmen des politischen solchen Instrumenten werden bereits heute radikal-demokratische, antifaschistische und antirassistische Organisationen behindert und wegen ihrer gesellschaftskritischen Positionen diffamiert. Ihre Einschüchterung durch hohe staatliche Verordnungen und Landesbehörden des Verfassungsschutzes sowie die gezielte Kriminalisierung ihrer politischen Aktivitäten schließt ohnehin geringen Kräfte, die sich aktiv gegen Rechtsextremismus einsetzen und Solidarität mit den Opfern gewalttätiger

### **Die Unterzeichnenden erklären:**

Die individuelle Freiheit und das demokratische Zusammenleben setzen die Achtung der universellen Grund- und Menschenrechte ungeachtet der Herkunft und sozialen Stellung, voraus.

Die Abwehr neonazistischer Kräfte ist eine Aufgabe der Politik, der Gesellschaft und von uns allen. Erforderlich ist eine breite politische Gegenbewegung. Anders kann die neonazistische Alltagskultur nicht zurückgedrängt werden. Die Verantwortung nicht an Strafgerichte und Polizei delegieren. Vielmehr obliegt es den politischen Verantwortlichen, menschenverachtende Kräfte zu ersetzen, die Flüchtlingen Asyl, Immigranten einen legalen Status und allen sozial Schwachen Schutz und Förderung

Demokratie kann durch Abbau von Rechten nicht geschützt werden. Im Gegenteil! Demokratie verwirklicht sich in der Erweiterung der Grund- und Menschenrechte, in der gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum und in der Hilfe für die in Not Geratenen.

Wir rufen Organisationen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens auf, im Interesse einer breiten politischen Bewegung gegen Rassismus der Plattform "Demokratie und Menschenrechte" beizutreten.

### **InitiatorInnen:**

---

<https://www.humanistische-union.de/thema/rassismus-in-gesellschaft-und-staat-bekaempfen-demokratie-und-menschenrechte-staerken/>

Abgerufen am: 24.04.2024